

Um den Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu kompensieren, wollen die USA mehr Schiffe im Persischen Golf und mehr Kampftruppen in Kuwait stationieren.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 198/11 – 03.11.11**

Nach dem Rückzug aus dem Irak wollen sich die USA stärker am Persischen Golf positionieren

Von Tom Shanker und Steven Lee Myers
The New York Times, 29.10.11

(http://www.nytimes.com/2011/10/30/world/middleeast/united-states-plans-post-iraq-troop-increase-in-persian-gulf.html?_r=2&hp)

MacDILL AIR FORCE BASE, Florida – Nach Angaben von Offiziellen und Diplomaten plant die Obama-Regierung, nachdem sie noch in diesem Jahr die restlichen US-Truppen aus dem Irak abziehen muss, die US-Präsenz am Persischen Golf auszubauen. Diese Umgruppierung könnte zur Verlegung von Kampftruppen nach Kuwait führen; sie sollen dazu in der Lage sein, bei Sicherheitsproblemen im Irak oder bei einer militärischen Konfrontation mit dem Iran einzugreifen.

Die Pläne, die seit Monaten diskutiert werden, erhielten neue Dringlichkeit, weil Präsident Obama gerade angekündigt hat, dass die letzten US-Soldaten bis Ende Dezember aus dem Irak nach Hause zurückkehren werden (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP19111_261011.pdf). Die Beendigung des achtjährigen Krieges war zwar eins seiner wichtigsten Wahlversprechen, aber US-Offiziere, Diplomaten und Vertreter mehrerer Staaten in dieser Region befürchten, dass es infolge des Rückzuges zu Instabilität oder Schlimmerem kommen könnte.

Nachdem das Pentagon die Regierungen der USA und des Iraks erfolglos unter Druck gesetzt hat, sich auf den Verbleib von 20.000 US-Soldaten im Irak über das Jahr 2011 hinaus zu verständigen, muss es sich jetzt um Alternativen bemühen.

Neben den Verhandlungen über die Stationierung von US-Kampftruppen in Kuwait denken die USA auch über die Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe in internationale Gewässer in der Region nach.

Mit Blick auf die durch den Iran drohende Kriegsgefahr bemüht sich die US-Regierung auch um eine engere militärische Zusammenarbeit mit den sechs Staaten, die den Gulf Cooperation Council bilden – mit Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat>). Die USA haben zwar schon gute bilaterale militärische Beziehungen zu jedem der genannten Staaten, versuchen jetzt aber eine neue "Sicherheitsarchitektur" für den Persischen Golf zu errichten, die zu einer integrierten Luft- und Seeverteidigung und zu einer gemeinsamen Raketenabwehr führen soll.

Die Verhandlungen über die zahlenmäßige Stärke der in Kuwait zu stationierenden US-Kampftruppen sollen in den nächsten Tagen abgeschlossen werden. Offiziere aus dem Hauptquartier des (u. a. für den Mittleren Osten zuständigen) CENTCOM (s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Central_Command) lehnten es ab, Einzelheiten über diese Verhandlungen mitzuteilen; es ist aber wohl klar, dass die erfolgreichen Truppenstationie-

rungen in den vergangenen Jahrzehnten die Grundlage für die nach dem Abzug aus dem Irak geplanten Stationierungen bilden werden.

In der Zeit zwischen dem Golfkrieg (Vater Bushs) im Jahr 1991 und der Invasion des Iraks im Jahr 2003 behielt die US-Army immer mindestens ein Kampfbataillon – manchmal sogar eine volle Kampfbrigade – in Kuwait, zusammen mit einem riesigen Waffenarsenal, das nur geöffnet werden musste, wenn zusätzliche Truppen in die Region verlegt wurden.

Mit "zurück in die Zukunft" beschrieb Maj. Gen. (Generalmajor) Karl R. Horst, der Stabschef des CENTCOM, die Planung für die künftige Positionierung am Golf. Er sagte, sein Kommando beabsichtige, nicht allzu große, aber schlagkräftige Einheiten am Golf zu stationieren und Ausbildungspartnerschaften mit regionalen Armeen einzugehen. "Wir denken daran, wieder den Zustand herzustellen, der bestand, bevor wir hier mit kompletten Bodendarmeen aufmarschiert sind," erläuterte General Horst. "Ich halte das für vernünftig, effizient und praktikabel."

Obama und seine führenden Sicherheitsberater sind darum bemüht, Verbündete zu beruhigen und Kritikern – vor allem unter den Republikanern – zu vermitteln, dass die USA ihr Engagement am Persischen Golf nicht aufgeben werden, obwohl sie gerade den Krieg im Irak beenden und Ende 2014 auch aus Afghanistan abziehen wollen.

"Wir werden auch weiterhin überall in dieser Region präsent sein und damit unser andauerndes Engagement für den Irak und für die Zukunft einer Region unter Beweis stellen, die sich so vielversprechend entwickelt und ohne störende Einflüsse auf dem Weg zur Demokratie bleiben soll," sagte US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton in Tadschikistan nach der Ankündigung Obamas.

Auf Zusammenkünften mit US-Soldaten in Asien teilte US-Verteidigungsminister Leon E. Panetta letzte Woche mit, die USA hätten noch 40.000 Soldaten in der Region, davon 23.000 in Kuwait, die größtenteils zur logistischen Unterstützung der US-Truppen im Irak gebraucht wurden.

Das Pentagon und sein Regionalkommando CENTCOM, das für diese Region zuständig ist, haben mit einer umfassenden Umgruppierung der US-Truppen in diesem Gebiet begonnen – nicht nur aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen, weil die US-Militärausgaben wegen des großen Haushaltsdefizits der USA im nächsten Jahrzehnt um mindesten 450 Milliarden Dollar reduziert werden müssen.

Offiziere des CENTCOM erklärten, dass sie nach dem Abzug aus dem Irak nach effizienteren Möglichkeiten der Truppenstationierung suchen müssen und deshalb die Kooperation mit regionalen Partnern verstärken wollen. Ein wichtiges Ergebnis der kommenden Kürzungen dürfte nach Auskunft von Offiziellen eine starke Abnahme der Anzahl der in dieser Region eingesetzten Geheimdienstagenten sein. Die Offiziere hoffen deshalb, die Beziehungen zu den regionalen Geheimdiensten ausbauen zu können. Generalmajor Horst meinte: "Auch bei (gemeinsamen) Militärmanövern kann man seine Präsenz und seine Fähigkeiten unter Beweis stellen und die Fähigkeiten und Kapazitäten der Partner verbessern".

Col. (Oberst) John G. Worman, der für Manöver zuständige Offizier, hebt noch ein Ereignis hervor, das für den Persischen Golf von besonderer Bedeutung ist: Die Streitkräfte des Iraks wurden erstmals eingeladen, im nächsten Jahr an dem Manöver Eager Lion 12 (Gieriger Löwe 12) in Jordanien teilzunehmen, mit dem die Bekämpfung von Guerillas und Terroristen geübt wird.

Ein anderer Teil der Planung der US-Regierung für die Zeit nach dem Abzug aus dem Irak bezieht sich auf den Gulf Cooperation Council, der von Saudi-Arabien dominiert wird. Die Staaten, die ihm angehören, versuchen zunehmend, ihren diplomatischen und militärischen Einfluss auf die ganze Region und darüber hinaus auszudehnen. Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben Kampfflugzeuge ins Mittelmeer entsandt, um sich an der von der NATO geführten Intervention in Libyen zu beteiligen; Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate haben auch Soldaten nach Afghanistan geschickt.

Außerdem hat der Council in diesem Jahr trotz internationaler Kritik eine hauptsächlich von Saudi-Arabien gestellte Streitmacht in Bahrein eingesetzt, um dessen Regierung bei der Unterdrückung von Demonstrationen zu unterstützen.

Aufbauend auf diesem Engagement, hat die US-Regierung ein noch engeres sicherheitspolitisches Zusammenrücken der sechs Staaten mit den USA vorgeschlagen. Panetta und Frau Clinton haben diesen Vorschlag bei einem Treffen am Rand der UN-Generalversammlung letzten Monat in New York unterbreitet.

Der Vorschlag muss noch von dem Council gebilligt werden. Die Chefs der Staaten, die ihm angehören, werden sich im Dezember in der saudischen Hauptstadt Riad treffen; um zu der engen Zusammenarbeit zu kommen, die der US-Regierung vorschwebt, müssen noch einige Rivalitäten überwunden werden, die unter den sechs Staaten bestehen.

"Es ist noch nicht so weit, dass morgen bereits eine Art NATO (am Golf) entsteht," sagte eine höherer Vertreter der US-Regierung, der anonym bleiben wollte, weil die Verhandlungen noch im Gange sind, "die Vorstellungen bewegen sich aber in Richtung auf mehr Integration."

Im Iran sehen die meisten Staaten am Golf seit über drei Jahrzehnten die größte Bedrohung; das gilt auch für den Irak, obwohl der wieder politische, kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen zum Iran geknüpft hat, der die schiitischen Aufständischen (im Irak) im Kampf gegen die US-Streitkräfte verdeckt unterstützt hatte.

"Die kleineren Staaten am Golf befürchten, dass nach dem Abzug der US-Streitkräfte ein Vakuum entstehen könnte, und wollen, dass die US-Soldaten in der Nähe bleiben, damit es sich jeder zweimal überlegt, bevor er etwas unternimmt," erklärte Bahraains Außenminister Sheik Khalid bin Ahmed al-Khalifa in einem Interview – unter Berufung auf Vertreter anderer Golfstaaten.

Scheich Khalid hatte sich letzte Woche in Washington mit Vertretern der Regierung und des Kongresses getroffen. "Es wird ein Vakuum entstehen," befürchtete er, "und das könnte regionale Mächte dazu verleiten, sich offener als bisher im Irak einzumischen."

Er fügte hinzu, der Vorschlag der US-Regierung, die Sicherheitsbeziehungen zu den Staaten am Persischen Golf auszuweiten, hätte zwar keinen direkten Einfluss auf mögliche Entwicklungen im Irak, nach dem Rückzug der US-Truppen müsse man sich in dieser gefährlichen Region aber gemeinsam verteidigen. "Jetzt wird ein anderes Spiel gespielt," meinte er. "Wir werden in vielerlei Hinsicht partnerschaftlich zusammenarbeiten müssen."

In den USA wird heftig über den Irak gestritten. Einige außenpolitische Analysten, die meisten Demokraten und sogar einige Republikaner beklagen, die US-Streitkräfte seien zu lange im Irak geblieben. Militäranalysten und die Mehrheit der Republikaner kritisieren hingegen die Rückzugsankündigung Obamas, weil sie befürchten, der Irak sei noch zu schwach und zu instabil.

"Die USA werden sich doch noch mit dem Irak einigen müssen, weil der noch mindestens ein Jahrzehnt nicht in der Lage sein wird, sich selbst zu verteidigen," schrieben Adam Mausner und Anthony H. Cordesman vom Center for Strategic and International Studies (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_Strategic_and_International_Studies) nach der Ankündigung des kompletten Rückzuges.

Zwölf republikanische Senatoren wollen in einem Hearing (einer Anhörung vor dem Kongress) klären, warum die US-Regierung die Verhandlungen mit dem Irak über die Ausbildung der irakischen Armee und die Terrorbekämpfung gerade jetzt abgebrochen hat.

"Auch Sie wissen, dass unsere Feinde im Mittleren Osten und besonders das iranische Regime den komplette Rückzug unserer Streitkräfte als strategischen Sieg für sich verbuchen," schrieben die Senatoren am Mittwoch in einem Brief an den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des Senats.

Thom Shanker berichtete von der MacDill Air Force Base und Steven Lee Myers aus Washington.

(Wir haben den Artikel, aus dem klar hervorgeht, dass die USA möglichst alle arabischen Diktaturen am Persischen Golf in einem Bündnis gegen den Iran vereinigen wollen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

October 29, 2011

U.S. Is Planning Buildup in Gulf After Iraq Exit

By THOM SHANKER and STEVEN LEE MYERS

MacDILL AIR FORCE BASE, Fla. — The Obama administration plans to bolster the American military presence in the Persian Gulf after it withdraws the remaining troops from Iraq this year, according to officials and diplomats. That repositioning could include new combat forces in Kuwait able to respond to a collapse of security in Iraq or a military confrontation with Iran.

The plans, under discussion for months, gained new urgency after President Obama's announcement this month that the last American soldiers would be brought home from Iraq by the end of December. Ending the eight-year war was a central pledge of his presidential campaign, but American military officers and diplomats, as well as officials of several countries in the region, worry that the withdrawal could leave instability or worse in its wake.

After unsuccessfully pressing both the Obama administration and the Iraqi government to permit as many as 20,000 American troops to remain in Iraq beyond 2011, the Pentagon is now drawing up an alternative.

In addition to negotiations over maintaining a ground combat presence in Kuwait, the United States is considering sending more naval warships through international waters in the region.

With an eye on the threat of a belligerent Iran, the administration is also seeking to expand

military ties with the six nations in the Gulf Cooperation Council — Saudi Arabia, Kuwait, Bahrain, Qatar, the United Arab Emirates and Oman. While the United States has close bilateral military relationships with each, the administration and the military are trying to foster a new “security architecture” for the Persian Gulf that would integrate air and naval patrols and missile defense.

The size of the standby American combat force to be based in Kuwait remains the subject of negotiations, with an answer expected in coming days. Officers at the Central Command headquarters here declined to discuss specifics of the proposals, but it was clear that successful deployment plans from past decades could be incorporated into plans for a post-Iraq footprint in the region.

For example, in the time between the Persian Gulf war in 1991 and the invasion of Iraq in 2003, the United States Army kept at least a combat battalion — and sometimes a full combat brigade — in Kuwait year-round, along with an enormous arsenal ready to be unpacked should even more troops have been called to the region.

“Back to the future” is how Maj. Gen. Karl R. Horst, Central Command’s chief of staff, described planning for a new posture in the Gulf. He said the command was focusing on smaller but highly capable deployments and training partnerships with regional militaries. “We are kind of thinking of going back to the way it was before we had a big ‘boots on the ground’ presence,” General Horst said. “I think it is healthy. I think it is efficient. I think it is practical.”

Mr. Obama and his senior national security advisers have sought to reassure allies and answer critics, including many Republicans, that the United States will not abandon its commitments in the Persian Gulf even as it winds down the war in Iraq and looks ahead to doing the same in Afghanistan by the end of 2014.

“We will have a robust continuing presence throughout the region, which is proof of our ongoing commitment to Iraq and to the future of that region, which holds such promise and should be freed from outside interference to continue on a pathway to democracy,” Secretary of State Hillary Rodham Clinton said in Tajikistan after the president’s announcement.

During town-hall-style meetings with military personnel in Asia last week, the secretary of defense, Leon E. Panetta, noted that the United States had 40,000 troops in the region, including 23,000 in Kuwait, though the bulk of those serve as logistical support for the forces in Iraq.

As they undertake this effort, the Pentagon and its Central Command, which oversees operations in the region, have begun a significant rearrangement of American forces, acutely aware of the political and budgetary constraints facing the United States, including at least \$450 billion of cuts in military spending over the next decade as part of the agreement to reduce the budget deficit.

Officers at Central Command said that the post-Iraq era required them to seek more efficient ways to deploy forces and maximize cooperation with regional partners. One significant outcome of the coming cuts, officials said, could be a steep decrease in the number of intelligence analysts assigned to the region. At the same time, officers hope to expand security relationships in the region. General Horst said that training exercises were “a sign of commitment to presence, a sign of commitment of resources, and a sign of commitment in building partner capability and partner capacity.”

Col. John G. Worman, Central Command's chief for exercises, noted a Persian Gulf milestone: For the first time, he said, the military of Iraq had been invited to participate in a regional exercise in Jordan next year, called Eager Lion 12, built around the threat of guerrilla warfare and terrorism.

Another part of the administration's post-Iraq planning involves the Gulf Cooperation Council, dominated by Saudi Arabia. It has increasingly sought to exert its diplomatic and military influence in the region and beyond. Qatar and the United Arab Emirates, for example, sent combat aircraft to the Mediterranean as part of the NATO-led intervention in Libya, while Bahrain and the United Arab Emirates each have forces in Afghanistan.

At the same time, however, the council sent a mostly Saudi ground force into Bahrain to support that government's suppression of demonstrations this year, despite international criticism.

Despite such concerns, the administration has proposed establishing a stronger, multilateral security alliance with the six nations and the United States. Mr. Panetta and Mrs. Clinton outlined the proposal in an unusual joint meeting with the council on the sidelines of the United Nations in New York last month.

The proposal still requires the approval of the council, whose leaders will meet again in December in the Saudi capital, Riyadh, and the kind of multilateral collaboration that the administration envisions must overcome rivalries among the six nations.

"It's not going to be a NATO tomorrow," said a senior administration official, who spoke on the condition of anonymity to discuss diplomatic negotiations still under way, "but the idea is to move to a more integrated effort."

Iran, as it has been for more than three decades, remains the most worrisome threat to many of those nations, as well as to Iraq itself, where it has re-established political, cultural and economic ties, even as it provided covert support for Shiite insurgents who have battled American forces.

"They're worried that the American withdrawal will leave a vacuum, that their being close by will always make anyone think twice before taking any action," Bahrain's foreign minister, Sheik Khalid bin Ahmed al-Khalifa, said in an interview, referring to officials in the Persian Gulf region.

Sheik Khalid was in Washington last week for meetings with the administration and Congress. "There's no doubt it will create a vacuum," he said, "and it may invite regional powers to exert more overt action in Iraq."

He added that the administration's proposal to expand its security relationship with the Persian Gulf nations would not "replace what's going on in Iraq" but was required in the wake of the withdrawal to demonstrate a unified defense in a dangerous region. "Now the game is different," he said. "We'll have to be partners in operations, in issues and in many ways that we should work together."

At home, Iraq has long been a matter of intense dispute. Some foreign policy analysts and Democrats — and a few Republicans — say the United States has remained in Iraq for too long. Others, including many Republicans and military analysts, have criticized Mr. Obama's announcement of a final withdrawal, expressing fear that Iraq remained too weak and unstable.

“The U.S. will have to come to terms with an Iraq that is unable to defend itself for at least a decade,” Adam Mausner and Anthony H. Cordesman of the Center for Strategic and International Studies wrote after the withdrawal announcement.

Twelve Republican Senators demanded hearings on the administration’s ending of negotiations with the Iraqis — for now at least — on the continuation of American training and on counterterrorism efforts in Iraq.

“As you know, the complete withdrawal of our forces from Iraq is likely to be viewed as a strategic victory by our enemies in the Middle East, especially the Iranian regime,” the senators wrote Wednesday in a letter to the chairman of the Senate’s Armed Services Committee.

Thom Shanker reported from MacDill Air Force Base, and Steven Lee Myers from Washington.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern